

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches



Jahrgang Dresden, Freitag den 11. Dezember 1931 Nummer 203

Nazi-Best Mitglied des Staatsgerichtshofes

Der Verfasser der Vorheimer Blutdokumente vom Zentrum gewählt. Geheimabkommen Zentrum — Nazi in Hessen
Verstärkter Mordterror der SA-Banden. Nazi schießen in SPD-Versammlung. Arbeiter schwer verletzt

Nazi-Best, der Verfasser der Vorheimer Blutdokumente, wurde in der ersten Sitzung des neugewählten heilischen Landtages in den Gesetzgebungsausschuss des heilischen Landtages und gleichfalls in den Staatsgerichtshof gewählt. Nazi-Best ist also jetzt nicht nur zur Ausführung der Gesetze berechtigt, sondern sogar zum direkten Gesetzgeber avanciert. Ein Hochverräter, denn die Staatsanwaltschaft mußte ein Verfahren gegen ihn einleiten, kann in Deutschland nicht sprechen, kann in Deutschland Arbeiter verurteilen. Treffender kann wohl der Kurs zur Faschisierung des Staatsapparates nicht charakterisiert werden.

Wahrscheinlich beweist die Wahl dieses Nazi-Best durch die heilische Zentrumsfaktion, daß die Erklärungen Brüningsscher Helfer kaum sehr ernst gemeint sein können, wenn die Partei des Herrn Brüning einen Hochverräter in den Staatsgerichtshof wählt.

Doch das Zentrum eine enge Zusammenarbeit mit den Nazis schließen will, und daß die Hineinnahme der NSDAP in die Regierung, vielleicht nur noch eine Frage von Wochen ist, ergibt sich aus der Tatsache des Geheimabkommens zwischen dem Zentrum und den Nazis in Hessen.

In der ersten Sitzung des neugewählten heilischen Landtages trat das Geheimabkommen zwischen Zentrum und Nazi, das in den letzten Tagen abgeschlossen wurde, in Erscheinung. Das Zentrum wählte gemeinsam mit den linken und den rechten Splittergruppen den Nazilandtagspräsidenten Werner.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten bekam die SPD die stärkste Fraktion einen Fußtritt vom Zentrum, das einen Kandidaten aufstellte, der dann auch mit den Stimmen der Nazis gewählt wurde. Die SPD mußte mit dem zweiten Vizepräsidenten vorlieb nehmen. Die kommunistische Fraktion wurde selbstverständlich in allen drei Wahlgängen einen eigenen Kandidaten auf.

Nach Abschluß der Präsidentschaftswahl erklärte der Staatspräsident die Wahl den Kandidaten der gesamten Regierung. Die kommunistische und die Nazifraktion hatten Anträge auf Unterstützung für die Erwerbslosen eingebracht. Für die kommunistische Forderung, diese Anträge sofort zu behandeln, erhoben auch die Nazis, so daß die sofortige Beratung mit Wehrheit möglich war. Darauf stimmten die Zentrumsgesandten, daß sie die Aufhebung des ersten Beschlusses und die Beratung der Erwerbslosenanträge in einem Ausschuss stimmten.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nazi läßt bereits einige Rückschlüsse auf die Regierungsbildung in Hessen zu. Welche Schlussfolgerungen die SA- und SS-Banden aus dem Verhalten des Zentrums ziehen, geht daraus hervor, daß die heilische Notverordnung in Kraft getreten ist, der Mordterror gegen die Arbeiterschaft verstärkt wird.

Wir berichteten gestern bereits darüber, daß in Berlin ein Arbeiter von Nazis niedergeschossen wurde. Selbst der „Vorwärts“ vom 10. Dezember muß zugeben, daß die Nazis auf Kommunisten schossen, wobei drei Kommunisten schwer verletzt wurden. Dieser Überfall wurde von dem berühmten Mordsturm 33 ausgeführt. Der Überfall war planmäßig vorbereitet. Das Feuer erfolgte einheitlich nach dem Kommando: „Machtung! Sturm 33 schießt!“ und unter dem Ruf: „Straße frei! Sturm 33 stürmt!“ Geschossen wurde mit Armeepistolen Kaliber 9 Millim. Die Polizei ist im Besitz der Patronenhüllen.

In der selben Ausgabe des „Vorwärts“ ist folgende Meldung aus Jittau: „In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch überfielen etwa 100 Nationalsozialisten nach einer Versammlung im Lindenhof in Jittau das hiesige Gewerkschaftshaus. Obwohl der Defonon die Polizei sofort alarmierte, traf das Überfallskommando erst nach einiger Zeit ein. Unterdessen wüteten die Nationalsozialisten wie die Wandalen.“

Die sozialdemokratische Breslauer Volkswacht meldet, daß am 7. Dezember eine Nazi-Gruppe eine sozialdemokratische Versammlung in Königshain (Kreis Görlitz) überfallen hat. Die Nazis schossen in die Versammlung, ein Reichsbannermann wurde in den Arm getroffen.

Das Blatt schätzt die Zahl der Verwundeten auf 40 bis 50, darunter drei Schwerverletzte.

Diese Meldungen zeigen allen Arbeitern die Notwendigkeit der Bildung der roten Einheitsfront gegen den Faschismus. Werkliche bildet antifaschistische Abwehrkomitees gegen die braune Mordpest! Schart euch um die kommunistische Partei folgt dem Ruf der KPD, werdet noch heute Mitglied.

Wir trommeln zum Aufgebot der Hunderttausend. Wir trommeln zum roten Volksbegehren in Sachsen gegen Schied, Naziterror und sozialdemokratischen Arbeiterverrat!

Bedingungen?

Dresden, den 11. Dezember.
Wir stellen fest: Während die Sozialdemokratie für das Zusammengehen zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind keine Bedingungen stellt und bereit ist, taktische Gegenläufe bis zur Niederwerfung der faschistischen Gefahr zurückzulassen, ist die KPD dazu nicht bereit, und sabotiert alle Bemühungen zu gemeinsamen Zusammengehens mit den dümmsten Manipulationen. (Dresdner Volkszeitung, von Dienstag, 8. Dez.)
Als die Dresdner Volkszeitung diese Sätze schrieb, war der Inhalt der Notverordnung der Brüningregierung noch nicht in allen Einzelheiten bekannt. Aber am selben Abend hielt Brü-

Die gestrigen Einzelzeichnungen

Vormarsch des roten Volksbegehrens auch unter Ausnahmezustand!
In die Listen zum roten Volksbegehren zeichneten sich am Mittwoch ein:
in Dresden 3654, zusammen 23 754
in Chemnitz 4952, zusammen 41 910
in Leipzig 2366, zusammen 17 358
Am Donnerstag, dem ersten Tag des Ausnahmezustandes, wurden folgende Zahlen gemeldet:
in Dresden 3426, zusammen 27 180
in Chemnitz 4293, zusammen 46 203
in Leipzig 1976, zusammen 19 334

Die Notverordnung unterbindet die öffentliche Propaganda für das rote Volksbegehren. Jetzt erst recht muß die Antwort der Massen auf die neue Brüning-Notverordnung sein: Heute noch wird eingezeichnet!

ning am Deutschlandsender eine Rede und begründete die neuen Maßnahmen der Regierung gegen das werktätige Volk. Als die Dresdner Volkszeitung die oben erwähnten Zeilen schrieb, war noch nicht bekannt, daß die Sozialdemokratie auch diese Notverordnung billigen und die Brüning-Groener-Regierung weiter tolerieren wird.

Die Tatsachen selbst sind aber eine deutliche Antwort auf die dreiste Behauptung der Dresdner Volkszeitung, Bekanntlich bestehen ja die „dümmen Manipulationen“ der Kommunisten, wie die Dresdner Volkszeitung das in ihrem Artikel am Dienstag, dem 8. Dezember selbst schreibt, in folgendem:

„Streik gegen jede weitere Lohnsenkung, Bildung gemeinsamer Kampfausschüsse, Aktionen gegen die Massennot. Wer die kommunistische Wahlsinnstaktik der letzten Jahre kennt, weiß, was das besagen soll, weiß auch, daß die ganze Harryburger Front seit langem auf wilde Aktionen wartet, um das Vaterland vor dem Bolschewismus zu retten.“

Die SPD-Führer wollen den Arbeitern weis machen, daß das die Bedingungen der KPD für die Herstellung der roten Einheitsfront seien und reden davon, daß ausgerechnet sie keine Bedingungen stellen und bereit seien, „taktische Gegenläufe bis zur Niederwerfung der faschistischen Gefahr zurückzulassen.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich fragen, welche taktischen Gegenläufe gemeint sind. Das „Zurückstellen taktischer Gegenläufe“ bei der Führung der Sozialdemokratie besteht darin, daß die SPD nicht nur den Notverordnungsurs der Brüning-Groener-Regierung billigt, sondern auch bereit ist, die Nazi-Partei

KPD für Schieds Ausnahmezustand gegen rotes Volksbegehren

Dresden, den 11. Dezember
Auf Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion bereits für den 11. Dezember den Landtag einzuberufen, um zur Notverordnung und zum Ausnahmezustand Stellung zu nehmen, hat der SPD-Landtagspräsident Wedel folgende Antwort erteilt:
„Ihrem Antrage vom 9. dieses Monats kann der Präsident nicht nachkommen, da Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung vom Landtage selbst bereits beschlossen worden sind.“

Der sozialdemokratische Präsident lehnt also ab, von dem auch nach der Geschäftsordnung zutreffenden Recht der Einberufung bei Dringlichkeit Gebrauch zu machen. Die Einberufung auf primitive Formalität ist deshalb richtig einzuschätzen.

Die sozialdemokratische Parteiführung will nicht, daß der Landtag zur Verhängung des Belagerungszustandes über das rote Volksbegehren und zur Notverordnung Brüning-Groener Stellung nimmt. Sie toleriert und deckt alle Diktaturmaßnahmen der herrschenden Klasse. Sie stellt ihr dadurch den Rücken im Kampf gegen das werktätige Volk. Die Massen aber fällen das Urteil über die Haltung der SPD-Führer. Als Antwort auf die Verhängung des Belagerungszustandes über das rote Volksbegehren:

Heute noch einzeichnen in die Listen zum roten Volksbegehren!

Hitler empfängt Wallstreetpresse

Berlin, 11. Dez. (Eig. Meld.)
Hitler ist gestern in Berlin eingetroffen und hat in dem Hotel „Kaiserhof“ Wohnung genommen. Wie Berlin am Morgen erzählt, soll er mit einem amerikanischen Journalisten Besprechung aufgenommen haben, der in letztem Interview Hitlers Antwort an Brüning auseinandersetzen wird. Im Auswärt-

tigen Amt soll über die Vorbereitungen eines Presseempfanges heftige Aufregung herrschen.
Der Kampf der verschiedenen deutschen Kapitalgruppen geht um das Vertrauen der Wallstreet, der Domäne der Großbanken Amerikas. Herr Hitler hat dabei die Spitze gewonnen. Er ist der beste Anwalt des internationalen Börsenkapitals.

Verboten sind

öffentliche Versammlungen, Plakatierung, Flugblattverteilung, Demonstrationen!

Nicht verboten ist

Massenininitiative für die Stärkung der KPD, der RGO und der revolutionären Massenorganisationen — Werbung für die Arbeiterstimme und das Volksecho
Sofortige Einzelzeichnung in die Listen des Volksbegehrens der KPD!